



Ausschuss für Kultur und Medien

5. Sitzung (öffentlich)

1. Dezember 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:33 Uhr bis 13:54 Uhr

Vorsitz: Volkan Baran (SPD) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 3 |
| 1 | Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung von Kunst und Kultur in der Zeit der Energiekrise | 4 |
| | – Bericht durch StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) | |
| | – Wortbeiträge | |
| 2 | Nachwuchsmangel bei den Musikschul-Lehrkräften in Nordrhein-Westfalen (<i>Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage]</i>) | 6 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/527 | |
| | – Wortbeiträge | |
| | Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung. | |

3 Verschiedenes

9

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Stellv. Vorsitzender Volkan Baran teilt mit, dass, da in der heutigen Sitzung ausschließlich kulturpolitische Themen behandelt würden, Minister Liminski nicht an der Sitzung teilnehme.

Die Vorsitzende Christina Osei sei erkrankt, weshalb er die Sitzung leite. Er wünsche im Namen des Ausschusses beste Genesung.

1 Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung von Kunst und Kultur in der Zeit der Energiekrise

Stellv. Vorsitzender Volkan Baran bittet die Staatssekretärin um den regelmäßigen Sachstandsbericht.

StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) trägt vor:

Wie vereinbart, möchte ich Ihnen heute und bis auf Weiteres in jeder Ausschusssitzung einen knappen Überblick über die Auswirkungen der Energiekrise auf den Kulturbetrieb und die entsprechenden Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene geben.

Die zentrale Maßnahme gegen die Energiekrise ist sicherlich die angekündigte Energiepreisbremse für Strom und Gas, die auch bei den Kultureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen für deutliche Entlastung sorgen wird. Natürlich sind die Kultureinrichtungen in diesem Zusammenhang weiterhin aufgerufen, Energie einzusparen. Das tun sie bereits, soweit wir informiert sind.

Ergänzend zur Energiepreisbremse werden derzeit verschiedene Härtefallfonds auf Bundesebene ausgestaltet. Für den Kulturbereich ist hier der Energiefonds Kultur zu nennen, der mit Mitteln in Höhe von 1 Milliarde Euro ausgestattet ist und Anfang nächsten Jahres wirksam werden soll. Wir hatten bereits in der letzten Ausschusssitzung wesentliche Eckpunkte des Fonds vorgestellt. Seit dem vergangenen Bericht der Ministerin hier im Ausschuss vor zwei Wochen hat es hierzu keine nennenswerten Veränderungen und neuen Entwicklungen gegeben. Es wird weiter an der Ausgestaltung und Umsetzung des Fonds gearbeitet. Aktuell läuft eine bundesweite Abfrage in den Bundesländern und Verbänden mit dem Ziel, den Bedarf der Kultureinrichtungen möglichst präzise zu bestimmen.

Auf Landesebene arbeiten wir gemeinsam mit den Landesverbänden intensiv am Aufbau einer Beratungsplattform, die noch vor Weihnachten den Betrieb aufnehmen soll. Natürlich wird dieses Instrument mit den Bundesprogrammen synchronisiert werden.

Darüber hinaus hat das Kabinett am Dienstag die Einrichtung eines Sondervermögens Krisenbewältigung im Rahmen des zweiten Nachtragshaushalts 2022 beschlossen, das mit umfassend wirkenden Investitions- und Hilfsprogrammen die Auswirkungen der Energiekrise abfedern soll.

Die Hilfsprogramme, die im Zuge dieses Sondervermögens aufgelegt werden, sollen gezielt Lücken in den Bundesprogrammen schließen. Im Kulturbereich fallen darunter vor allem die Kofinanzierung der Bundeshilfen für Kultureinrichtungen und Veranstalter und Hilfen für solo-selbstständige Künstlerinnen und Künstler.

Ein weiteres Anliegen des Sondervermögens ist, Nordrhein-Westfalen auf zukünftige Krisen besser vorzubereiten. Hierbei geht es um den Schutz kritischer Infrastrukturen und Schutzmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfähigkeit.

Ein dritter Baustein ist die Krisenvorsorge. Die Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die Transformation und den Strukturwandel zu beschleunigen und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern. Dazu sollen Programme und Maßnahmen zur Energieeinsparung eingesetzt werden, die erneuerbare Energien und den Netzausbau fördern und Zukunftstechnologien vorantreiben.

Über weitere Fortschritte werden wir in den nächsten Sitzungen des Ausschusses gerne berichten.

Andreas Bialas (SPD) möchte wissen, ob die Hilfen, die das Land mit auf den Weg bringe, alleine aus dem zu beschließenden Haushalt gestemmt würden oder ob zusätzliche Hilfgelder hinzukämen.

StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) antwortet, in der Kabinettsitzung am Dienstag sei im Zuge des Nachtragshaushalts ein Sondervermögen beschlossen worden. Dieses werde derzeit ausgestaltet. Das Sondervermögen in Höhe von 5 Milliarden Euro werde die Grundlage dessen sein.

Andreas Bialas (SPD) merkt an, 5 Milliarden Euro höre sich gut an. Bislang habe er vernommen, dass 750.000 Euro für den Bereich Kultur vorgesehen seien, um die Kofinanzierung gerade für die Beratungsplattform sicherzustellen. Er frage, ob darüber hinaus Geld geplant sei.

Dies sei ihr neu, so **StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW)**. Man könne es gegenwärtig noch nicht beziffern, weil man noch in Verhandlungen mit dem Finanzministerium sei, aber sie könne sagen, dass der Betrag wesentlich höher sein werde.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) ist interessiert zu erfahren, für welche Bereiche das Ministerium zusätzliche Förderbedarfe angemeldet habe.

StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) führt aus, sie wolle den Verhandlungen nicht vorgehen. Es handele sich um die zusätzlichen Kofinanzierungsbeträge zum Bundesprogramm. Man werde sehen, wie sich das zusammensetze. Die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) betont, mit Blick auf das Thema „Kofinanzierung Bundesebene“ sei ja schon vor der Kabinettsitzung am Dienstag klagewesen, dass da etwas kommen solle und müsse. Er wolle wissen, ob sich mit dem Beschluss des Kabinetts am Dienstag für den Kulturbereich irgendeine Veränderung ergeben habe. Die bisherigen Ausführungen der Staatssekretärin hätten zu keinem neuen Sachstand geführt.

StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) gibt zur Antwort, der Gesamtbetrag sei höher. Dadurch werde man natürlich alle Kultureinrichtungen – da gebe es keine Ausnahmen – berücksichtigen.

2 **Nachwuchsmangel bei den Musikschul-Lehrkräften in Nordrhein-Westfalen** (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/527

Dr. Werner Pfeil (FDP) bedankt sich für den Bericht, in dem aufgezeigt werde, welche Maßnahmen zur Behebung des Nachwuchsmangels ergriffen werden sollten. Trotzdem seien nach wie vor Fragen offen, da nach seiner Meinung diese Maßnahmen gegen den Nachwuchsmangel bei den Musikschul-Lehrkräften nicht ausreichten. Laut Koalitionsvertrag sei vorgesehen, dass eine Musikschuloffensive evaluiert werden solle mit dem Ziel, den Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse weiterzuentwickeln. Ihn interessiere, was genau geplant sei.

Des Weiteren wolle er wissen, ob es neben dieser Musikschuloffensive weitere Maßnahmen gebe, über die man jetzt schon etwas sagen könne.

Er beantrage zu diesem Thema eine Anhörung, weil dieses Thema sehr wichtig sei. Es gebe nicht nur in den allgemeinbildenden Schulen einen Lehrermangel, und zwar auch für das Fach Musik, sondern gerade auch in den Musikschulen.

StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) legt dar, es bestehe kein Dissens darüber, dass es einen Musikschul-Lehrkräftemangel gebe. Die derzeit ergriffenen Maßnahmen dagegen seien in dem Bericht aufgeführt. Man sei im sehr engen Kontakt mit den Musikschulen und werde eine Evaluierung vornehmen. Der Evaluierungsbericht werde Anfang 2023 vorliegen. Dann werde man sehen, wie man weiter verfare. Aufgrund des Musikschul-Lehrkräftemangels habe man die Musikschuloffensive verlängert. Darüber hinaus gebe es gegenwärtig keine Maßnahmen, aber man sei in sehr engen Gesprächen mit den Musikschulen.

Andreas Bialas (SPD) bedankt sich ebenfalls für den Bericht. Es gebe insgesamt einen enormen Mangel an Lehrkräften, die Musikausbildung geben könnten, sowohl an den Musikschulen als auch an den allgemeinbildenden Schulen, deren Auftrag es ja auch sei, eine musisch-ästhetische Ausbildung anzubieten. Von daher wäre es wichtig, die entsprechenden Zahlen und Entwicklungen auch in dem Bereich zu wissen. Im Grunde genommen bedienten sich beide Schularten aus dem gleichen Feld.

Seiner Ansicht nach dürfe man nicht nur in den Kulturhaushalt schauen, sondern man müsse auch in andere Politikfelder hineingehen. Die enge Verzahnung mit der Schulpolitik sei hier von immenser Bedeutung. Dort erreiche man die Kinder, denen man kaum mehr ein entsprechendes Angebot machen könne. Die Frage sei, wie man insgesamt mehr Lehrkräfte gewinne, die nicht nur über eine musikalische Exzellenz verfügten, sondern auch über ein pädagogisches Know-how, das sie entweder an den Musikschulen oder an den allgemeinbildenden Schulen anbieten könnten. Von daher benötige man nicht nur eine Musikschuloffensive, sondern auch eine Musiklehreroffensive für alle Bereiche. Dann sei man zum Beispiel bei Zugängen zu den Universitäten,

bei Kapazitäten der Ausbildung, bei Seiteneinsteiger und Zusatzqualifikationen. Die Alternative wäre, dass die Kinder keine Musikausbildung bekämen.

Seiner Ansicht nach sei es wertvoll, darüber zu diskutieren. Dafür sei es hilfreich, exakte Zahlen bezogen auf die allgemeinbildenden Schulen zu haben, um zu wissen, worüber man rede. Dies werde man noch anfordern.

Den Vorschlag des Abgeordneten Pfeil zur Durchführung einer Anhörung unterstütze er.

Er nehme an, dass den Ausschuss dieses Thema auch in den nächsten Jahren beschäftigen werde.

StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) bedankt sich für den Hinweis. In der Tat müsse man sich mit dem Schulministerium sehr eng verzahnen. Deshalb sei auch ein Vertreter des Schulministeriums anwesend, der eventuell noch ergänzende Ausführungen machen könne. Man sei in einem sehr engen Austausch, weil man das Problem genauso sehe. Es sei natürlich nicht möglich, in den Hochschulen etwas anzubieten, was man in den Schulen nicht brauche. Nichtsdestotrotz mache man sich ständig Gedanken darüber, wie man die Situation verbessern könne.

LMR Dr. Fridtjof Filmer (MSB) ergänzt, der Schulbereich beteilige sich natürlich gerne, die notwendigen Daten zur Verfügung zu stellen, um eine Gesamtsicht auf die beiden Bereiche, die natürlich eng miteinander verbunden seien, herzustellen.

Der Hauptunterschied zwischen einer allgemeinbildenden Schule und einer Musikschule sei, dass es – mit kleinen Ausnahmen – an den allgemeinbildenden Schulen das Zweifachprinzip gebe. Aus personalwirtschaftlichen Gründen werde an dem Prinzip festgehalten, grundsätzlich zwei Fächer in der Lehrerausbildung auszubilden. Dies sei eine gewisse Differenz zwischen den beiden Ausbildungswegen grundsätzlicherer Art.

Andreas Bialas (SPD) merkt an, vielleicht wäre es ein schöner Schritt, das einmal zu überwinden, schließlich helfe es nicht, keine Lehrer zu haben.

Er wolle wissen, ob die Zahlen zu den allgemeinbildenden Schulen automatisch zur Verfügung gestellt würden oder diese noch schriftlich angefordert werden müssten.

StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) teilt mit, die Zahlen würden nun zusammengestellt und dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Bezüglich des Anliegens, so **Heike Wermer (CDU)**, bestehe Einigkeit, dass man mehr Musikschul-Lehrkräfte brauche, und zwar sowohl an den allgemeinbildenden Schulen als auch an den Musikschulen.

Sie interessiere, ob der Wunsch nach einer Anhörung so umsetzbar sei, da es sich ja nicht um einen Antrag handele.

Stellv. Vorsitzender Volkan Baran lässt wissen, formal sei die Durchführung einer Anhörung möglich. Er rege an, die Modalitäten der Anhörung in einer Obleuterunde zu besprechen. – Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Dr. Werner Pfeil (FDP) sagt, bei den Modalitäten der Anhörung gehe es darum, welche Sachverständige und wie viele Sachverständige eingeladen würden und ob ein Fragenkatalog erstellt werde, der den Sachverständigen mit der Bitte um Beantwortung zugeleitet werde.

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

3 Verschiedenes

Stellv. Vorsitzender Volkan Baran erinnert an die Teilnahmeabfrage zur Informationsfahrt zur Berlinale vom 18. bis 20. Februar. Es hätten sich noch nicht viele Kolleginnen und Kollegen angemeldet. Vor Pandemiezeiten sei dieses Angebot immer sehr gerne angenommen worden.

Darüber hinaus weise er auf die Christo-&-Jeanne-Claude-Ausstellung hin. Auch hierfür gebe es noch nicht ausreichend Anmeldungen.

Rüdiger Scholz (CDU) gibt zu bedenken, dass die Berlinale am Karnevalswochenende stattfindet. Viele Rheinländer würden den Karneval vorziehen, so auch er. Dies sei bedauerlich. Er habe zweimal an der Fahrt zur Berlinale stattgefunden. Das sei eine sehr schöne Veranstaltung, die er jedem nur empfehlen könne.

Andreas Bialas (SPD) legt dar, er sei im Vorstand der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus. Ihn habe heute Morgen der Vorsitzende des Kuratoriums angerufen. Das Kuratorium setze sich unter anderem aus Mitgliedern der Landtagsfraktionen zusammen. Noch nicht alle Fraktionen hätten ihre Mitglieder benannt. Der Vorsitzende habe ihn darum gebeten, dies auszurichten.

Gestern habe die Mitgliederversammlung des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen und eine Veranstaltung zum 75-jährigen Bestehen stattgefunden. Die Ministerin habe daran teilgenommen. Dies begrüße er, denn es sei immer gut, wenn die Hausspitze bei derartigen Veranstaltungen zugegen sei. Frau Osei sei zur Präsidentin des Verbandes gewählt worden. Er dürfe damit sein Amt zum 31. Dezember 2022 abgeben, und ab 1. Januar 2023 übernehme Frau Osei.

Des Weiteren fänden heute Vorstandswahlen der Landesmusikakademie statt, die hoffentlich mit Blick auf die Vorsitzende ein positives Ergebnis haben würden. Hierfür wünsche er Frau Wermer viel Erfolg.

Stellv. Vorsitzender Volkan Baran bittet die Fraktionen darum, ihre Mitglieder für das Kuratorium zügig zu benennen.

gez. Volkan Baran
stellv. Vorsitzender

Anlage

14.12.2022/14.12.2022

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I.A.2 / A12
Ausschussvorsitzende Christina Osei MdL
[REDACTED]
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil MdLVorsitzender des
Rechtsausschusses
Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
Hochwasserkatastrophe“
Sprecher für Kultur

Düsseldorf, 21. November 2022

**Berichtswunsch der FDP-Landtagsfraktion für die Ausschusssitzung am 01.12.2022
zum Thema „Nachwuchsmangel bei den Musikschul-Lehrkräften in Nordrhein-
Westfalen“**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 01.12.2022 bitte ich im Namen der FDP-Landtagsfraktion um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu folgendem Thema:

Nachwuchsmangel bei den Musikschul-Lehrkräften in Nordrhein-Westfalen

Die Arbeit von Musikschulen steht im fundamentalen Zusammenhang zur kulturellen Bildung. Musizieren fördert kreatives Denken und Teamfähigkeit, stärkt Ausdrucksfähigkeit, Selbstorganisation, Ausdauer und Improvisationsvermögen. Musikschulen ermöglichen die Entwicklung kreativer Stärken und sozialer Kompetenzen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Auch das Landesprogramm „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ als kulturelles Bildungsprogramm in Grund- und Förderschulen wird in Kooperation der außerschulischen Bildungspartner Musikschulen durchgeführt und sorgt damit für kulturelle Teilhabegerechtigkeit.

Zur Qualitätsentwicklung von Musikschulen gehört untrennbar die Investition in Personalentwicklung und Qualifizierung, damit die wichtige Grundlagen vermittelt werden können. Aktuelles Problem der Musikschulen ist allerdings der zunehmende Fachkräftemangel, der es ihnen nicht mehr erlaubt, ihre wichtige gesellschaftliche Funktion adäquat wahrzunehmen. Deswegen wurden im Rahmen der Stärkungsinitiative Kultur die Mittel der Landesförderung verdreifacht, damit die Qualität der in den Musikschulen geleisteten Arbeit und die Weiterentwicklung in den Bereichen Talentförderung, Interkultur und Digitalisierung gesichert werden kann. Aktuelle Zahlen zeigen allerdings auf, dass weiter an der Attraktivität des Berufsbildes gearbeitet werden muss.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung hierzu zu berichten und dabei insbesondere folgende Aspekte zu beachten:

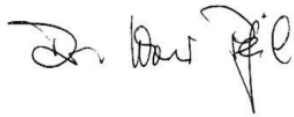
- Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung in Bezug auf den zunehmenden Mangel der Musikschul-Lehrkräfte vor?
- Wie soll die Stärkungsinitiative Kultur in diesem Zusammenhang weiter genutzt werden?

FDP-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1
40221 DüsseldorfTelefon: 0211 884 4410
Telefax: 0211 884 3644werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.defacebook.com/WernerPfeil
instagram.com/wernerpfeil_nrw

- Was plant die Landesregierung, um die unterschiedlichen Studiengänge an verschiedenen Hochschulen im Bereich der Musikschul-Lehrkräfte funktional und wirksam zu verbinden?
- Würde eine verpflichtende pädagogische Ausbildung an den Musikschulen auch dazu führen, dass mehr Lehrkräfte für die Grund- und weiterführenden Schulen zur Verfügung stünden?
- Wie wird derzeit die pädagogische Ausbildung bei Absolventinnen und Absolventen der Musikhochschulen nachgeholt, wenn sie das Lehramt ausüben wollen?
- Wie viele Absolventinnen und Absolventen der Musikhochschulen gehen ohne pädagogische Ausbildung in den Schuldienst?

Seite 2 von 2

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Werner Pfeil MdL